



# Globaler wirtschaftlicher und technologischer Wettstreit

## Eingeschränkte Handlungsfähigkeit - überforderte Politik

Der ohne Kriegserklärung als Militäraktion deklarierte russische Überfall der Ukraine hat die Illusion einer friedlichen und stabilen Nachkriegsordnung nach 1945 in der westlichen Welt endgültig zerstört. Die Unterstützung der Ukraine zur Verteidigung mit militärischer Ausrüstung und die Aufarbeitung eigener Versäumnisse in der Verteidigungsfähigkeit haben eine Zeitenwende eingeleitet, die sich durch hohe Geschlossenheit der westlichen Industrienationen und in dem atlantischen Verteidigungsbündnis auch durch steigende Verteidigungsausgaben auszeichnet.

All dies findet in einem Zeitraum der wirtschaftlichen Erholung statt, nach-

dem bereits wirtschaftliche Einbrüche des Welthandels in Folge der Covid Pandemie sowie hohe Staatsverschuldungen zur Stützung des sozialen Friedens die finanzielle Handlungsfähigkeit der Politik in Deutschland und Europa weitgehend eingeschränkt haben.

In dieser Situation ist es verständlich, dass die gegenwärtige Fokussierung auf den Krieg in der Ukraine und gegenwärtige aktuelle Themen der Klima- und Umweltproblematik, wie z.B. das die Bürger direkt betreffende Heizungsgesetz, den Blick für längerfristige technische und wirtschaftliche Entwicklungen verstellt haben. Auch Alarmsignale, wie der Verkauf der Firma Viessmann an einen ame-

rikanischen Konzern und Tendenzen einer Deindustrialisierung wurden nicht wahrgenommen. Die Ergebnisse einer jüngsten vom Fernsehsender Welt durchgeführten Umfrage belegen, dass 15 Prozent des deutschen Mittelstandes die Produktion bereits heruntergefahren hat und 16 Prozent produzierender mittelständischer Unternehmen eine Verlagerung der Produktion ins Ausland planen. Von einer solchen absehbaren Deindustrialisierung sind Europa insgesamt und das exportorientierte Deutschland besonders betroffen. Es reicht eben nicht aus, nur die militärische Verteidigung im Auge zu behalten, sondern der technisch - wirtschaftlichen und sozialen Verteidigung sollte seitens

der Politik eine gleichrangige Priorität eingeräumt werden.

Bereits heute ist absehbar, dass die von der Politik aktivierbaren Potentiale und Kräfte allein zur Lösung der anstehenden Energie- und Umweltprobleme nicht ausreichen. In Analogie eines Appell von Kennedy in der Mitte des letzten Jahrhunderts an die Bürger „es ist entscheidend was ihr für den Staat tut“, sind diese aufgerufen zu den anstehenden Problemen Beiträge und konkrete Lösungen einzubringen. Aufgabe des Staates ist es dann für konkrete Beiträge von Bürgern geeignete Rahmenbedingungen und Motivationen zu schaffen.

## Die Bedeutung von Innovationen speziell für Europa

Mit den gestiegenen Preisen für Energie und Rohstoffe hat sich die Wettbewerbssituation für produzierende Unternehmen in Europa gegenüber Ländern, die selbst über große Energie- und Rohstoffreserven oder einen gesicherten Zugriff auf Energie- und Rohstoffe in Drittländern verfügen, deutlich verschlechtert. Zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind daher produzierende Unternehmen in Deutschland und Europa auf Innovationen und darauf basierende neue Techniken und innovative Dienstleistungen dringend angewiesen. Für eine technisch weltweit führende Rolle sind die Innovationsraten in Deutschland und Europa, trotz erheblicher Anstrengungen von Wirtschaft und Wissenschaft, zu niedrig. Die von der Politik angestrebte Transformation der Wirtschaft durch Digitalisierung und Energie- und Rohstoff sparende Produktionen die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb zu erhalten, kann zwar hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten, reicht aber allein nicht aus. Angesichts der enormen finanziellen und personellen Anstrengungen der Konkurrenten, z.B. in China und USA lässt sich internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas und Deutschlands nur durch Aktivierung und breite Mitwirkung der Bürger in einem innovationsfreundlichen Umfeld realisieren. Dies bedeutet einen Aufbruch und Transformation in eine europäische

„Kreativgesellschaft“, wie sie in Ansätzen Anfang des letzten Jahrhunderts in Europa beobachtet werden konnte. Aktuelle Aufgabe der Politik ist es hierzu geeignete Rahmenbedingungen und Motivationen zu entwickeln.

Innovationen werden nach dem Verständnis der Autoren durch folgende Innovationsfaktoren bestimmt:

- Wissenschaftlich-technisches **Wissen**, auf das zugegriffen werden kann, was auch die besondere Bedeutung von Informationen und deren Vernetzung verdeutlicht. Hier existieren insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen und Erfinder noch erhebliche Defizite. Dies ist auch die Basis unseres Projektvorschlags, denn je mehr freies externes Wissen genutzt werden kann, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Innovationsauslösung und umso geringer ist der Aufwand für eigene Forschung und Entwicklung.
- Kreative **Arbeit** des Forschers, Entwicklers und Erfinders braucht nicht weiter erläutert werden.
- **Infrastruktur**, die für die Forschung und Entwicklung erforderlich ist. Deutschland und Europa verfügen über eine hervorragende Infrastruktur, die allerdings vielfach nur zeitlich begrenzt genutzt wird.
- **Kapital** zur Finanzierung von kreativer Arbeit und Infrastruktur.

Innovationen finden in einem **gesellschaftlichen und rechtlichen Umfeld** statt, das von Innovationshemmnissen, z.B. auf Unterhaltung geprägten Wertsystemen, Überregulierungen und einem teuren, bei Verletzung durch Großkonzerne damit nur unzureichenden rechtlichen Schutz für kleine Unternehmen und freie Erfinder geprägt ist. DABEI hat seit Jahrzehnten die Einführung eines territorial einheitlich rechtlich wirkenden Europapatents und die Ablösung der Mogelpackung des gegenwärtigen Europapatents gefordert. Bisherige Bemühungen sind an den Standesinteressen der Patentanwälte und der Behörden gescheitert. Mit dem neuen „Einheitspatent“ hat sich offensichtlich etwas bewegt. Es bleibt abzuwarten, wie sich dies auf die Kosten für

die Aufrechterhaltung und den Verletzungsfall für kleine und mittelständische Unternehmen auswirkt.

Da es für das Zukunft sichernde Thema Innovationen keine Lobby gibt und andere brennende Themen, wie der Krieg in der Ukraine und der Klimawandel im Vordergrund stehen, spiegeln dies auch die gegenwärtigen Haushalte wider. Aufgabe der Politik wäre es daher gewesen Überlegungen anzustellen und Maßnahmen zu erarbeiten, um das Zukunft bestimmende Thema Innovationen trotz eingeschränkter Haushaltsmittel effizient zu fördern.

## Dreikönigstreffen - Wohltörende Ziele ohne Konzepte

Auf dem Dreikönigstreffen der Liberalen, an dem neben dem Finanzminister auch die Ministerinnen für Justiz und Forschung und Bildung teilnahmen haben wurden wohltörende Ziele, wie etwa „Europa künftig führend im Innovationsbereich“ propagiert. Leider ohne dass die für eine führende Position Europas und Deutschlands erforderlichen Konzepte zur Generierung ausreichender Innovationen vorgestellt, noch die notwendigen Voraussetzungen für eine solche Führungsrolle aufgezeigt wurden. Auch für den, für eine führende Rolle im Innovationsbereich erforderlichen verstärkten Aufbau kreativer und motivierter personeller Kapazitäten waren keine Konzepte erkennbar. Die Aussagen beschränkten sich auf die üblichen Phrasen zur Verstärkungen von Forschung und Bildung und dies obwohl seit Jahrzehnten bekannt ist, dass Innovationsprozesse besondere Anforderungen an die Beteiligten stellen. Hier hätte DABEI ein ganzheitliches fachübergreifendes Konzept zur Intensivierung des Innovationsgeschehens in Deutschland und Europa erwartet. Es ist seit Jahren bekannt, dass die Anforderungen an Innovationsprozesse von Forschung und Bildung vielfach nicht erfüllt werden und auch der erforderliche Zugriff zu technisch relevanten Informationen für Innovationen aufgrund eines Informationschaos nicht richtig funktioniert. Die Konsequenz hieraus sind gravierende fortbestehende Um-

setzungsprobleme und eine unterkritische Anzahl von Innovationen. Dies hat zur Folge, dass eine technische Führungsrolle Europas und Deutschlands in dem internationalen Wettbewerb und den sich rasch vollziehenden technischen Wandel verfehlt wird.

## **Intensivierung des Innovationsgeschehens**

Es macht keinen Sinn immer nur ungehört Defizite aufzuzeigen und zu protestieren. Entscheidend bei einem komplexen Thema sind konstruktive Fachbeiträge und ein persönliches Engagement. Aus diesem Grund schlägt DABEI als ersten, zwingend erforderlichen Schritt zur Intensivierung des Innovationsgeschehens den Aufbau einer deutschen und europäischen gut strukturierten Innovationsangebots- und Nachfragebörse vor. Dies ist gegenwärtig von besonderer Bedeutung, da allein mit dem Wegfall des Handbuchs „Vademecum deutscher Lehr- und Forschungsstätten“ des Raabe-Verlages und des Handbuchs „SchOHTA - Schicht-,Oberflächen-, Halbleiter- Techniken und Anwendungen, herausgehoben vom VDI-Verlag, zwei wichtige Informationsquellen, die besonders vom Mittelstand genutzt wurden, nicht mehr existieren. Ebenfalls eingestellt wurde die vom Forschungszentrum Jülich geleitete Initiative „SteP – Suche nach technischen Problemlösungen für Innovationen“, bei der Problemanfragen von Unternehmen zur Beantwortung und Einleitung von Kooperationen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen vermittelt wurden. Hierbei könnte auf bestehende langjährige Erfahrungen und noch vorhandene Strukturen zugegriffen werden.

Das vorgeschlagene Projekt sieht als ersten Schritt auf breiter Ebene eine Einbindung sowohl von Hochschulen, staatlichen und industriellen Forschungseinrichtungen, Erfinderverbänden, Technologiezentren in Deutschland, der Leitmesse „Forschung und Technologie“ der internationalen HANNOVERMESSE und als Publikationsorgan das Innovations-Forum vor. Hierfür werden wir in Abstimmung mit der Mitstreitern einen ge-

zielten Förderantrag einreichen.

## **Eingeschränkter freier Handels – verstärkter Innovationswettbewerb**

Die Tatsache, dass der Handel mit Energie- und Rohstoffen sowie mit Nahrungsmitteln Sanktionen und Kontrollen unterliegt ist ein Indiz dafür, dass der freie Handel bereits stark eingeschränkt ist. Mit dem Gesetz zur Verringerung der Inflation (IRA) haben die USA den Zugriff ausländischer Produkte in strategischen Sektoren auf den amerikanischen Markt blockiert. Mit dem Verkauf von Viessmann und deren Umwandlung in eine amerikanische Firma wurde der amerikanische Markt für Viessmann wieder geöffnet. Es erhebt sich jedoch die Frage, wie lange das technische know how in Deutschland verbleibt und ob und ab wann der deutsche Firmensitz mit verminderten know how und schlechteren Standortbedingungen wegen hoher Energie- und Rohstoffpreise nur noch als verlängerte Werkbank für die amerikanische Muttergesellschaft genutzt wird.

Mit dem Gesetz zur Verringerung von Inflation und der Förderung strategischer Sektoren für amerikanische Firmen haben die USA ihren Markt gegenüber konkurrierenden ausländischen Firmen abgeschottet. Es erhebt sich die Frage, warum die EU mit einem Binnenmarkt mit etwa 500 Millionen Verbrauchern kein eigenes entsprechendes strategisches Programm zur Förderung von Innovationen genutzt und in Kauf genommen hat, dass europäische Firmen vom amerikanischen Markt aufgrund gravierender Wettbewerbsnachteile verdrängt werden.

## **Zusammenfassung**

Angesichts der durch hohe Energie- und Rohstoffpreise bedingten Standortnachteile ist zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Lebensstandards in Europa eine Verstärkung der Innovationstätigkeit und eine Steigerung der Effizienz des Innovationssystems dringend erforderlich. Die alleinigen Anstrengungen der Gesellschaft zur Transformation der Wirtschaft reichen hierzu nicht

aus. Zur Verstärkung ist eine breite Beteiligung von Bürgern und der Aufbau und die Entwicklung von „Kreativgesellschaften“ erforderlich. Als ersten zwingend erforderlichen Schritt zur Intensivierung der Innovationstätigkeit schlägt DABEI hierzu den Aufbau einer angebots- und nachfrageorientierten Innovationsbörse unter Einbeziehung von Forschungs- und Industrieorganisationen vor.

Unser Motto: **„Lieber heute DABEI als morgen zu spät“.**

- *Senator h.c. Dr. Wolfgang Heidrich*  
Vorsitzender des DABEI-Vorstandes
- *Dr. Alexander Kantner*  
DABEI-Präsident
- *Dr. Michael Gude*  
ABEI-Vizepräsident